

Anmerkungen zur belgischen Afrika-Politik

Tull, Denis M.

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Tull, D. M. (2003). Anmerkungen zur belgischen Afrika-Politik. *Afrika Spectrum*, 38(1), 71-78. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-106768>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Kurzbeiträge / *Debates:*

Denis M. Tull

Anmerkungen zur belgischen Afrika-Politik

Die belgische Afrika-Politik ist selten Gegenstand wissenschaftlicher Betrachtungen. Lediglich in Belgien selbst wird verständlicherweise die Afrika-Politik des Landes regelmäßig diskutiert. Dass Belgiens Afrika-Politik, in markantem Gegensatz zu anderen Kolonialmächten wie Großbritannien und vor allem Frankreich, von externen Beobachtern kaum zur Kenntnis genommen wird, hängt nicht nur damit zusammen, dass es sich um ein kleines Land handelt, dem im internationalen Umfeld wenig Bedeutung zukommt. Hinzu kommt, dass nur drei afrikanische Länder belgische Kolonien waren, so dass wohl, wie im Falle Spaniens und Portugals, keine umfassende Afrika-Politik erwartet wird, schon gar nicht im Vergleich zu dem „interessanteren“ weil teils skandalumwitterten Fall französischer Afrika-Politik.

Dabei wird leicht die große Bedeutung übersehen, die Afrika im Rahmen der belgischen Außenpolitik einnimmt. Abgesehen vielleicht von Frankreich kann kein europäischer Staat ernsthaft behaupten, der afrikanische Kontinent rangiere in seinen außenpolitischen Überlegungen an vorderster Stelle (hinter dem Themenfeld Europäische Union) (Verhofstadt 2001). Allein diese Schwerpunktsetzung, die das Land zu einem eigentümlichen Sonderfall macht, rechtfertigt die Beschäftigung mit belgischer Afrika-Politik. Neben der Außenpolitik, die weiter unten erörtert wird, zeigt sich diese Prioritätensetzung auch im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit (EZ). Im Jahr 2001 flossen 65% des Budgets der im Außenministerium untergebrachten Generaldirektion Entwicklungszusammenarbeit (GDEZ) nach Afrika. Unter den 25 „Schwerpunktländern“, auf die die Kooperation seit 1999 reduziert wurde, befinden sich 14 subsaharische Länder (Äthiopien, Benin, Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Mali, Niger, Senegal, Burundi, DR Kongo, Rwanda, Uganda, Tanzania, Mosambik, Südafrika). Afrika nimmt damit den vorderen Rang im Rahmen der belgischen EZ ein und dies, obwohl Belgien in Afrika keine vitalen politischen Interessen zu verteidigen hat. Auch die belgischen Wirtschaftsinteressen in Afrika sind im Laufe der Jahre erheblich gesunken (Willame 1992: 156-160). Im Jahr 1999 gingen beispielsweise nur noch 1,9% der belgischen Exporte nach Afrika, während der afrikanische Anteil an den belgischen Importen bei 3,1% lag.

Was bedeutet Afrika-Politik im belgischen Kontext? Der räumliche Aktionsradius belgischer Außenpolitik in Afrika beschränkt sich im wesentlichen auf Zentralafrika, d.h. die drei ehemaligen Kolonien im Gebiet der Großen Seen Burundi, Rwanda und DR Kongo (Lanot-

te et al. 2000; Coolsaet 2002: 273-297). Belgien versteht sich als Lobbyist dieser Länder in multilateralen Organisationen (EU, UNO) und als Katalysator zentralafrikanischer Initiativen der Konfliktbearbeitung. So naheliegend diese Fokussierung auch erscheinen mag, sie ist nicht selbstverständlich. Bis Ende der 1990er Jahre wurde immer wieder die Absicht formuliert, die belgische Afrika-Politik zu „diversifizieren“, worunter man die Normalisierung, d.h. die Aufgabe privilegierter Beziehungen zu den ehemaligen Kolonien verstand. Dieser Wunsch, der nie umgesetzt wurde, war wohl auch vor dem Hintergrund der katastrophalen politischen Prozesse zu sehen, die die ehemaligen Kolonien während der 1990er Jahre erschütterten und die „normale“ bilaterale Beziehungen und konventionelle Entwicklungszusammenarbeit nahezu unmöglich gemacht hatten. Mit dem Amtsantritt der sog. Regenbogenkoalition (1999-2003) unter Führung von Premierminister Guy Verhofstadt und Vize-Premier und Außenminister Louis Michel wurde das Ansinnen einer afrikapolitischen Diversifizierung jedoch verworfen.

Prinzipien belgischer Afrika-Politik

Wie alle anderen westlichen Geberstaaten machte Belgien seit Ende der 1980er Jahre die Förderung von Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Menschenrechten zu zentralen Zielen seiner Außen- und Entwicklungspolitik. Ab Mitte der 1990er Jahre kam der Aspekt der Konfliktprävention und Bearbeitung hinzu, der mittlerweile auch im Rahmen der europäischen EZ zu einer festen Größe geworden ist. Daran schloss sich auch die Betonung der *African Ownership* als handlungsleitendes Prinzip belgischer Afrika-Politik an, wonach dauerhafter Frieden endogene Friedensbemühungen voraussetzt, die dann von externen Akteuren unterstützt werden könnten und sollten. Mit dem Antritt der Regierung unter Führung des Duos Verhofstadt/Michel im Jahr 1999 wurde die Wertorientierung der belgischen Afrika-Politik erheblich gestärkt. Sie erwies sich zudem als politisch glaubwürdig, denn sie durchzog auch andere Bereiche der belgischen Außenpolitik. Verwiesen sei etwa auf Michels harsche Reaktion auf den Regierungseintritt von Haider's Freiheitlichen in Österreich oder die Haltung der belgischen Regierung im Falle des ehemaligen chilenischen Diktators Pinochet. Hingegen wurde die vielzitierte *Compétence universelle* als Gesetzesvorhaben bereits 1993 auf den Weg gebracht.

Selbstverständnis

Die Umrisse der belgischen Außen- und vor allem Afrika-Politik werden in hohem Maß durch das politische Selbstverständnis des Landes bestimmt. Im Gegensatz zu Großbritannien und vor allem Frankreich hat Belgien keine „post-imperiale Vision“ (Clapham 2002) über seinen Platz in der Welt, die die Verfolgung geo-strategischer Interessen erforderlich machen würde. Allerdings definiert sich das Land im internationalen Umfeld in erheblichem Maße über seine Rolle in und seine Beziehungen zu Afrika. Dies reflektiert natürlich nicht nur historisch begründete psychologische Dispositionen, sondern auch Interessen. Es ist nicht zu übersehen, dass die Regierung Verhofstadt/Michel in der Afrika-Politik ein geeignetes Mittel sieht, mit dessen Hilfe sich Belgien auf internationaler Ebene profilieren kann, ein Ziel, das die Regierung erreicht hat, wie auch ihre Kritiker bereitwillig einräumen (Libération 2003; The Economist 2000).

Die normative Ausrichtung der belgischen Außenpolitik stößt jedoch immer wieder auf Widersprüche, die u.a. in der politischen Kultur des Landes (Martiniello 1998) und der zögerlichen, wenn nicht gar fehlenden Auseinandersetzung mit der eigenen kolonialen Verantwortung zu tun haben. Dies zeigt sich etwa an den Ergebnissen der parlamentarischen Untersuchungskommission zur belgischen Rolle bei der Ermordung von Kongos erstem Premierminister, Patrice Lumumba, die 2001 zu dem Schluss kam, Belgien trage eine „moralische“, aber keine direkte Verantwortung. Völlig ergebnislos verlief die Parlamentskommission (2003), die die Verwicklung belgischer Unternehmen in die illegale Ressourcenausbeutung in der DR Kongo untersuchen sollte (Senat Belge 2003). Hingegen ist die Entschuldigung hervorzuheben, die Premierminister Verhofstadt im April 2002 an die rwandische Bevölkerung wegen Belgiens „schmachvoller Rolle“ während des Genozids richtete.

Die Schärfung des internationalen Profils setzt komparative Vorteile voraus. Daher richtet sich die Aufmerksamkeit Belgiens in Afrika auf die Region der Großen Seen, in der das Land erhebliche Vorteile geltend machen kann – Präsenz, Kontakte, Expertise –, die von anderen Ländern anerkannt und gewürdigt werden (Michel 2003). Angesichts der begrenzten Ressourcen eines relativ kleinen Landes stellen sie Belgiens primäres politisches Kapital in Afrika dar. Hinzu kommen jedoch, so die Wahrnehmung der belgischen Regierung, zwei weitere Faktoren: Zum einen die angebliche Erwartungshaltung der zentralafrikanischen Akteure an eine aktive Rolle Belgiens in der Region, zum anderen eine vergleichbare Erwartungshaltung der europäischen Partner. Letztere wird freilich von Außenminister Michel negativ gewendet.¹

¹ „Nur drei bis vier europäische Länder interessieren sich für Afrika. Afrika wird... ignoriert. Das ist skandalös. Die internationale Gemeinschaft trägt aufgrund der Vergangenheit eine Verantwortung für das afrikanische Drama.... Abgesehen von Großbritannien, Frankreich, Belgien und vielleicht Portugal interessiert sich keiner der 15 Mitgliedsstaaten der EU für Afrika.“ (Marchés Tropicaux 2003).

Aus dem grundsätzlichen Desinteresse der europäischen Partner an Afrika leitet Außenminister Michel eine politische Verantwortung Belgiens auf dem Kontinent ab. Es ist freilich auch nicht zu übersehen, dass die vermeintliche Apathie der europäischen Partner und die daraus hergeleitete belgische Vorreiterrolle gut in das Konzept eines Außenministers passen, dem man nachsagt, Belgien zu einer „moralischen Supermacht“ machen zu wollen.

Die erwähnten komparativen Vorteile Belgiens liegen unzweifelhaft in der ständigen Präsenz und den Kontakten, über die das Land durch Netzwerke von Kirchen, NGOs, Geschäftsleute etc. in Zentralafrika verfügt. Schwieriger ist die Beantwortung der Frage, ob die zentralafrikanischen Akteure tatsächlich, wie die Belgier gerne annehmen, eine aktive Politik des Landes in Zentralafrika erwarten. Tatsächlich deuten anekdotische Evidenz und einige Umfrageergebnisse darauf hin, dass Belgien unter weiten Teilen der kongolesischen Bevölkerung über eine vergleichsweise gute Reputation verfügt, mit der sich gewisse Erwartungen verknüpfen (vgl. Tabelle 1). In Burundi und vor allem Rwanda mag dies anders sein.

Tabelle 1: Die öffentliche Meinung in der DRK zu Staaten und Organisationen²

% Positive Haltung (erste drei Antworten)

<u>Dez 1996</u>	<u>Mai 1998</u>	<u>Okt 2000</u>	<u>Dez 2001</u>
Belgien (43)	S. Afrika (60)	Libyen (71)	Belgien (26)
Frankreich (32)	UN (30)	Angola (68)	Angola (15)
USA (26)	Belgien (30)	Zimbabwe (68)	Zimbabwe (12)

% Negative Haltung (erste drei Antworten)

<u>Dez 1996</u>	<u>Mai 1998</u>	<u>Okt 2000</u>	<u>Dez 2001</u>
Rwanda (74)	Frankreich (68)	Rwanda (87)	Rwanda (33)
Burundi (69)	Rwanda (58)	Burundi (85)	USA (28)
USA (53)	USA (54)	USA (56)	Frankreich (10)

2 Mein Dank geht an Pierre Englebert, der mir freundlicherweise die Umfrageergebnisse übermittelt hat. Die Tabelle beruht auf mehreren Umfragen des kongolesischen Forschungsinstituts BERCI. Im Dezember 1996 wurde mit „Blick auf die jüngsten Ereignisse im Ostkongo“, (die Invasion von AFDL, Rwanda und Uganda) die Meinung über Staaten eingeholt. Im Mai 1998 waren die einzig möglichen Antworten Südafrika, UN, Belgien, Rwanda, Frankreich und USA. Im Oktober 2000 lautete die Frage: „Welche Meinung haben Sie über die folgenden Staaten?. Die Prozentzahlen zeigen die drei höchsten Punktzahlen hinsichtlich positiver und negativer Meinungen in Kinshasa. Im Dezember 2001 wurde gefragt: „Wessen Politik gegenüber Unserem Land würden Sie am meisten/am wenigstens?“ Die Antworten waren offen.

Tendenziell kann festgestellt werden, dass die von der belgischen Regierung gepflegte Vermutung, die zentralafrikanischen Akteure unterstellten dem Land keine versteckten Agendas oder Ambitionen, plausibel erscheint, erst recht im Vergleich zu den anderen, an Afrika interessierten Staaten USA, Großbritannien und Frankreich. Aus diesen Erwägungen und aus Belgiens Selbstverständnis resultieren konkrete belgische Schlussfolgerungen zu seiner Politik im Krisengebiet der Großen Seen, die sich unter dem Schlagwort des „ehrlichen (Konflikt-)Maklers“ subsumieren lassen.

Zwischen Wandel und Kontinuität

Seit dem Regierungsantritt der Regenbogenkoalition 1999 ist ein Wandel der belgischen Afrika-Politik zu konstatieren: Zum einen wurde, wie bereits erwähnt, der Fokus explizit auf Zentralafrika gerichtet, womit das Vorhaben der Normalisierung der Beziehungen zu den ehemaligen Kolonien verworfen wurde. Zum anderen wurde die Afrika-Politik im Vergleich zu den sozialistischen Vorgängerregierungen weitaus aktiver und interventionistischer. Belgien verfolgt die explizite Absicht, die internationale Gemeinschaft (oder zumindest die EU) in Zentralafrika anzuführen. Dies zeigte sich besonders während zweiten Jahreshälfte 2001, als die Regierung die europäische Ratspräsidentenschaft antrat und unter Vorlage eines „Aktionsplans Zentralafrika“ versuchte, die Initiative zur Formulierung einer europäischen Zentralafrika-Politik zu ergreifen (Gouvernement Belge 2001).

Ansichts der katastrophalen Ereignisse in Zentralafrika war die belgische Politik über weite Strecken der 1990er Jahre durch Ratlosigkeit geprägt. Dies führte sowohl zu einem dezidierten „Rückzug“ in multilaterale Institutionen als auch zu Passivität. Typisch war in dieser Hinsicht die in der Folge angenommene Empfehlung der parlamentarischen Untersuchungskommission zur belgischen Rwanda-Politik, keine belgischen Blauhelme mehr für UN-Interventionen in ehemaligen Kolonien zur Verfügung zu stellen (Politique Africaine 1999).

Die gegenwärtige Periode markiert eine Phase des Neubeginns oder der Neuorientierung belgischer Afrika-Politik, weil die ehemaligen Kolonien gerade eine Phase verheerender politischer Umbrüche durchlaufen haben. Die Großen Seen sind weit davon entfernt, zu einer politischen Normalisierung zurückzukehren, aber mehrere Indizien geben zumindest Hoffnung auf eine Stabilisierung der politischen Verhältnisse in Burundi, Rwanda und der DR Kongo. Maßgeblicher Auslöser dieser möglicherweise positiven Kehrtwende war die Amtsübernahme Joseph Kabilas im Jahr 2001, mit der die Möglichkeit externer Einflussmöglichkeiten in Zentralafrika eröffnet wurde, die die belgische Außenpolitik resolut ergriffen hat. Seitdem verfolgt Belgien unter dem Banner der *Neutralité agissante* eine aktive zentralafrikanische Politik, die sich nicht zuletzt in einer regen Reisediplomatie Michels äußerte, der im Verlauf der vergangenen drei Jahre etwa ein Dutzend Mal die Region besucht hat.

Konzeption und Ziele

Die belgische Afrika-Politik verfolgt im wesentlichen drei Ziele: die Förderung von Demokratie und Menschenrechten, von afrikanischen Kapazitäten zur Konfliktbearbeitung und schließlich von Prozessen der Regionalisierung. Hinsichtlich der Regionalisierung sei erwähnt, dass die *Southern African Development Community* (SADC) eine den Schwerpunktländern vergleichbare Partnerorganisation der belgischen EZ darstellt, die im Jahr 2001 immerhin 3,3 Mio. Euro erhielt. Hingewiesen sei auch auf den jüngsten Vorstoß Michels, der für die Errichtung einer Freihandelszone in Zentralafrika plädierte, von der er sich einen Beitrag für Frieden und Wohlstand in der Region erhofft (Marchés Tropicaux 2003). Die Bedeutung, die die belgische Regierung Prozessen regionaler oder subregionaler Integration beimisst, findet auch in den sieben Kriterien zur Auswahl der entwicklungspolitischen Schwerpunktländer ihren Niederschlag. So soll nach dem Gesetzeswortlaut der „Grad der Integration des Partnerlandes im Rahmen der regionalen Zusammenarbeit“ ein Kooperationskriterium sein (Gouvernement Belge 1999),ⁱ ohne dass freilich ein präziser Maßstab genannt würde. Ähnliches lässt sich auch für die meisten der sechs übrigen Kriterien behaupten, die – bis auf die beiden ersten Punkte – beliebig auslegbar und dehnbar erscheinen: 1) der Grad der Armut des Partnerlands; 2) frühere und aktuelle Erfahrungswerte aus der belgischen Zusammenarbeit mit dem Partnerland; 3) der Beitrag des Partnerlands zu seiner sozioökonomischen Entwicklung; 4) Good Governance (Ausschlusskriterium in Extremfällen); 5) Vorhandensein einer Krisensituation, in der Belgien eine Rolle spielen kann; 6) Regierungspolitik zur Beseitigung von Diskriminierung und zur Wahrung einer Chancengleichheit. Allein das Kriterium der Armutsorientierung ist operationalisiert und wird auch weitgehend umgesetzt. Dies äußert sich etwa darin, dass Niger – aufgrund von Budgethilfe – im Jahr 2001 (11,3 Mio. Euro) zweitwichtigstes Empfängerland bilateraler Hilfe war, sowie in der Tatsache, dass 47% der belgischen Entwicklungshilfe den am wenigsten entwickelten Ländern (LDCs) zugute kommen (OECD-Durchschnitt 1999: 22%). Die DR Kongo bleibt das wichtigste Empfängerland belgischer Hilfe (2001: \$13 Mio.), während Belgien mit \$7,7 Mio. Burundis größter bilateraler Geber ist.

Interessant ist auch die gemischte Mittelvergabe und Kanalisierung im Bereich der EZ, die im Übrigen ähnlich wie in Frankreich nicht über ein eigenes Ministerium verfügt, sondern im Außenministerium untergebracht ist. Im Jahr 2002 wurden 34% der belgischen ODA zur Finanzierung multilateraler EZ aufgewendet, während sowohl die bilaterale EZ als auch die über NGOs abgewickelte Hilfe mit jeweils rund ein Viertel des Finanzvolumens des EZ-Direktion finanziert wurden. Im Bereich der bilateralen EZ verfolgt Belgien einen Ansatz, der Prinzipien wie die Förderung von Menschenrechten und Demokratie durchaus ernst nimmt.

So erhält Rwanda z.B. keine Budgethilfe, wohl aber werden der Justizsektor und insbesondere die Gacaca-Gerichte unterstützt.³

Belgien verfolgt damit einen zweifachen Ansatz, der erstens die Förderung zivilgesellschaftlicher Strukturen umfasst und zweitens auf die Wiederherstellung und Stärkung staatlicher Institutionen abzielt, ohne dass dies notwendigerweise die finanzielle Unterstützung eines spezifischen Regime implizieren soll. Beispiele sind in der DR Kongo die Reform der staatlichen Verwaltung und die derzeit diskutierte Wiederaufnahme der militärischen Kooperation im Rahmen der Schaffung einer neuen nationalen Armee. Fraglich ist allerdings, ob Anspruch und Wirklichkeit dieses „unpolitischen“ bzw. neutralen Ansatzes nicht weit auseinanderliegen. Ebenso wie die teilweise fragwürdigen Auswahlkriterien der EZ ist auch die Diplomatie nicht frei von Widersprüchen und mangelnder Kohärenz. Einerseits will Belgien die Rolle des ehrlichen Maklers in den zentralafrikanischen Konflikten spielen, andererseits wurde deutliche (wenn auch nicht vollends unkritische) Partei für Präsident Joseph Kabila ergriffen. Problematisch ist des Weiteren die Personalisierung der Afrika-Politik durch Außenminister Michel, die in hohem Maße durch seine persönlichen Sichtweisen und Ambitionen bestimmt wird.

Einige Schlussfolgerungen für die europäische Afrikapolitik

Hinsichtlich der zentralafrikanischen Krisenregion weist Belgien Vorteile auf, die eine führende Rolle des Landes im Rahmen einer gemeinsamen europäischen Politik nahe legen würden. Die Expertise und Kontakte, auf die Belgien sich stützen kann, suchen ihresgleichen. Zudem ist die neutrale Haltung des Landes einigermaßen glaubwürdig, wenn auch nicht in dem Maße, wie Außenminister Michel dies gerne darstellt. Gleichwohl bedeutet diese relative Neutralität ein politisches Kapital, dessen Nutzen im polarisierten Kontext der Großen Seen nicht unterschätzt werden darf. Selbstverständlich wird eine europäische Zentralafrikapolitik nur dann sinnvoll und effektiv sein, solange die Führungsrolle Belgiens nicht zu einer dankbaren Delegation verkommt, mit der die nicht-interessierten europäischen Staaten ihre politische Verantwortung auf das willige Belgien abwälzen. Eine europäische Afrika-Politik erfordert mehr als eine Aufgaben-Delegation an ein einzelnes Land. Wie schwierig dies sein wird, zeigt der Blick auf Rwanda. Während Belgien den plausiblen Standpunkt vertritt, dass mit Blick auf die rwandische Innen- wie Außenpolitik eine Budgethilfe zur Zeit noch kontraproduktiv

3 Die Gacaca-Gerichte dienen der Entlastung des staatlichen Justizwesens. Diese traditionellen Gerichte auf Dorfebene haben eine Doppelfunktion: Sie sollen erstens die Zehntausende von Verdächtigen aburteilen, die am Genozid teilgenommen haben, ohne bei der Planung und Organisation eine führende Rolle gespielt zu haben (sog. Kategorie 1). Ähnlich wie bei der Truth and Reconciliation Commission in Südafrika sollen durch die Geständnisse der Beschuldigten zweitens Informationen über die genauen Umstände und Abläufe der Morde ans Tageslicht gebracht werden, die auch der lokalen und nationalen Versöhnung dienen sollen.

tiv ist, erhält das Land von Großbritannien und der Bundesrepublik großzügige Finanzspritzen. Bei Vorliegen solcher Divergenzen muss eine politische Abstimmung darüber erfolgen, welche Mittel geeignet und angemessen sind, um die von der Europäischen Gemeinschaft vertretenen Werte (Demokratie, Menschenrechte) zu fördern. Ohnehin ist nicht erkennbar, dass die EU den politischen Einfluss in Zentralafrika geltend macht, der ihr aus ihrer finanziellen Bedeutung zukommt. Die EU ist der wichtigste Geber der am Kongo-Krieg beteiligten Länder, und doch hatte der Krieg keinerlei politische Folgen für die am Krieg beteiligten Länder. Zur Bewahrung ihrer politischen Glaubwürdigkeit hat diese Haltung sicherlich nicht beigetragen.

Bibliography

- Clapham, Christopher (2002), *Peacekeeping and the Peacekept: Developing Mandates for Potential Interveners*, in: Rotberg, Robert I. (ed.): *Peacekeeping and Peace Enforcement in Africa. Methods of Conflict Prevention*, Cambridge, S. 34-57.
- Coolsaet, Rik (2002), *La politique extérieure de la Belgique*, Brüssel.
- Economist, The (2000), "Louis Michel, Belgium's Moralistic Diplomat", 24. Februar 2000.
- Gouvernement Belge (2001), *Construction de la paix dans la région des Grands Lacs: Un plan d'action belge*, Brüssel.
- Gouvernement Belge (1999), *Loi relative à la Coopération internationale belge*, 25. Mai 1999
http://www.dgdc.be/fr/dgci/docs_docbase/loi.html.
- Lanotte, Olivier et al. (Hrsg.) (2000), *La Belgique et l'Afrique Centrale. De 1960 à nos jours*, Brüssel.
- Libération (2003), "Louis Michel, Wallon à l'ambition belge", 15. Mai 2003.
- Marchés Tropicaux (2003), "Louis Michel: 'créer une zone de libre-échange entre les Etats des Grands Lacs'", 18. April 2003, S. 821-822.
- Martiniello, Marco (1998), *Culturalisation des différences, différenciation des cultures dans la politique belge*, Paris, Les Cahiers du CERI, Nr. 20.
- Michel, Louis (2003), *La politique africaine du gouvernement belge. Conférence prononcée à l'Université de Liège*, 28. Februar 2003.
- Politique Africaine (1999), "Rwanda: Réflexions sur les rapports parlementaires de la Belgique et de la France", Nr. 73, S. 159-176.
- Senat Belge (2003), *Commission d'enquête parlementaire chargée d'enquêter sur l'exploitation et le commerce légal et illégal de richesses naturelles dans la région des Grands Lacs au vu de la situation conflictuelle actuelle et de l'implication de la Belgique* [http://www.senat.be/www/webdriver?Mlval=index_senate&M=3&LANG=fr]
- Verhofstadt, Guy (2001), *Regierungserklärung des Premierministers vom 09. Oktober 2001*.

Willame, Jean-Claude (1992), L'automne d'un despotisme. Pouvoir, argent et obéissance dans le Zaïre des années quatre-vingt, Paris 1992.

